

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 41 | 14.10.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 88/2016](#)

Bundesgesetz über die Genehmigung des **Bundesrechnungsabschlusses für das Jahr 2015**

[BGBl I 89/2016](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung einer Wortfolge in § 57a Abs. 1 Z 4 des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl III 183/2016 \(Anlage 1\)](#)

Kooperationsabkommen über ein **globales ziviles Satellitennavigationssystem** (GNSS) zwischen der **Europäischen Gemeinschaft** und ihren Mitgliedsstaaten einerseits und der **Republik Korea** andererseits

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 273 v 08.10.2016, 1](#)

Beschluss (GASP) 2016/1783 des Rates vom 4. August 2016 über die Unterzeichnung und den Abschluss — im Namen der Union — des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der **Europäischen Union** und der Islamischen Republik **Afghanistan** über die **Verlängerung des Abkommens** über die Rechtsstellung der **Polizeimission** der Europäischen Union in Afghanistan (**EUPOL AFGHANISTAN**)

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

26.09.2016, [G 244/2016 ua](#)

VfGG; MietrechtsG; Verfassungswidrigkeit der **generellen Ausnahme** aller in einer Bestimmung des MietrechtsG geregelten Verfahren von der Möglichkeit der Stellung eines **Parteienantrags auf Normenkontrolle** betreffend Verordnungen; keine Erforderlichkeit im Sinne einer Unerlässlichkeit der Regelung des VfGG für die Sicherung des Zwecks des Verfahrens vor dem ordentlichen Gericht

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

08.09.2016, [2013/06/0211](#)

ZiviltechnikerG; Antrag eines luxemburgischen Staatsangehörigen auf **Verleihung der Befugnis eines Architekten**; der Bf hat mit der vorgelegten Bescheinigung, dass er im Herkunftsmitgliedstaat die Befähigung zur Aufnahme des Berufs eines freiberuflichen Architekten erlangt hat, den **Befähigungsnachweis iSd § 33 Abs 2 Z 2 ZiviltechnikerG** erbracht; ob der Befähigungsnachweis auf einem im Heimatland des Antragstellers absolvierten Studium beruht oder das Ergebnis der Anerkennung eines österreichischen Diploms (oder des Diploms eines anderen Herkunftsmitgliedstaats iSd § 33 Abs 1 leg cit) ist, ist nicht von Bedeutung

12.09.2016, [Ro 2015/04/0011](#)

DatenschutzG; Meldung einer **Datenanwendung** mit der Bezeichnung „**Beweissicherung bei Verkehrsunfällen**“; die rechtliche Befugnis zur Datenanwendung ist unabhängig und getrennt vom Vorliegen eines Erlaubnistatbestands zu beurteilen; aus dem Umstand, dass öffentlicher Raum gefilmt wird, kann für sich genommen noch nicht auf das Fehlen der entsprechenden rechtlichen Befugnis geschlossen werden; maßgeblich ist vielmehr, ob zum überwachten Objekt iSd **§ 50a Abs 1 DatenschutzG** ein privatrechtliches Rechtsverhältnis des Auftraggebers besteht, was ggst zutreffend ist; die Datenanwendung erweist sich aber als unverhältnismäßig, da die dauerhafte Speicherung von Bilddaten ua durch das Auslösen eines „SOS-Buttons“ erfolgt und dieser jederzeit betätigt werden kann

12.09.2016, [Ro 2015/04/0018](#)

GewO; Ersatz gleichartiger Maschinen; Nachbarn kommt im Änderungsanzeigeverfahren nach § 81 Abs 3 GewO nur eine beschränkte Parteistellung hinsichtlich der Frage zu, ob die Voraussetzungen für das Änderungsanzeigeverfahren überhaupt vorliegen; ggst haben die Nachbarn in keiner Weise geltend gemacht, dass die Durchführung eines Änderungsanzeigeverfahrens unzulässig gewesen sei und sie dadurch in ihren Rechten verletzt worden seien; da den Berufungen jeglicher Bezug zu dem einzig zustehenden **subjektiv-öffentlichen Nachbarrecht** fehlte, hätte das VwG die insoweit eingeschränkte Prüfungsbefugnis berücksichtigen und die (als Beschwerde zu behandelnden) Berufungen zurückweisen müssen

12.09.2016, [Ro 2016/04/0014](#)

StarkstromwegeG; starkstromwegerechtliche Bau- und Betriebsbewilligung für eine 220 kV-Leitung; Zurückweisung der dagegen beim VwG Wien erhobenen Beschwerde wegen Unzuständigkeit; beim **Starkstromwegerecht** handelt es sich um eine Angelegenheit der mittelbaren Bundesverwaltung, in der ausnahmsweise erstinstanzliche Ministerialzuständigkeiten bestehen; für die vom VwG Wien vertretene, nicht auf die „Angelegenheit“ als solche, sondern auf die einzelne Rechtssache abstellende **Verteilung der sachlichen Zuständigkeit zwischen dem BVwG und den LVwG** findet sich in Art 131 Abs 2 erster Satz B-VG kein Anhaltspunkt; das VwG Wien hat daher seine Zuständigkeit zu Unrecht verneint

13.09.2016, [Ko 2016/03/0008](#)

VwGVG; negativer **Kompetenzkonflikt** zwischen dem BVwG und dem VwG Wien; im Falle einer Aufhebung des Bescheids durch das VwG nach § 28 Abs 3 VwGVG ist die Verwaltungsbehörde, aber auch das VwG selbst an die die Aufhebung tragenden Gründe und die für die Behebung maßgebliche Rechtsansicht gebunden, wobei damit auch die Zuständigkeitsordnung in dieser Sache festgelegt ist; dadurch, dass das BVwG seine Zuständigkeit bereits im Aufhebungsbeschluss vom 12.

Jänner 2015 bejaht hat, ist die **Zuständigkeit des BVwG zur Entscheidung bindend festgelegt** worden; das BVwG ist daher auch zur Entscheidung über die Beschwerde gegen den im **zweiten Rechtsgang** erlassenen Bescheid zuständig

13.09.2016, [Ra 2016/03/0031](#)

EisenbahnG; im Zusammenhang mit Ersatzmaßnahmen, zu deren Vornahme das Eisenbahnunternehmen im Rahmen der Anordnung der **Auflassung von Eisenbahnkreuzungen** iSd § 48 Abs 1 Z 2 EisenbahnG verpflichtet wird, werden dem Eisenbahnunternehmen Verpflichtungen auferlegt, die nötigenfalls unter Heranziehung der Bestimmungen des Eisenbahn-EnteignungsentschädigungsG durchzusetzen sind; ausgehend davon kam dem Rw in Bezug auf die im ggst Fall in Rede stehende Durchsetzung von Ersatzmaßnahmen kein **Antragsrecht nach § 20 EisenbahnG** zu

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 08.09.2016, [W176 2000624-1](#)

AVG; weist ein **Bescheid** nicht die **gem § 59 Abs 1 AVG erforderliche Bestimmtheit** auf und ist das VwG darüber hinaus nicht in der Lage, den Gegenstand des Verfahrens mit hinreichender Sicherheit festzustellen, kann kein den gesetzlichen Vorgaben entsprechendes Verfahren geführt werden; Aufhebung des ggst Bescheids mangels Vorliegens eines hinreichend bestimmten Spruchs, da dieser Spruch ein gesetzmäßiges Verfahren vor dem VwG nicht zulässt

BVwG 28.09.2016, [I406 2115683-1](#)

VwGVG; gem § 33 Abs 4 VwGVG ist die Entscheidungszuständigkeit und das maßgebliche Wiedereinsetzungsregime an den Zeitpunkt der Vorlage der Beschwerde geknüpft; die Behörde könnte sich sohin, indem sie die Beschwerde oder den **Wiedereinsetzungsantrag** an das BVwG vorlegt, ihrer **Zuständigkeit** begeben und es sich „aussuchen“, wer letztlich über den Wiedereinsetzungsantrag entscheidet; demnach ist ggst das BVwG davon ausgegangen, dass § 33 VwGVG nur für das Beschwerdeverfahren und das Beschwerdevorverfahren Anwendung findet; bei Versäumung der Beschwerdefrist durch verspätete Einbringung der Beschwerde bei der Verwaltungsbehörde bleibt § 71 AVG anwendbar und hat demzufolge über den Wiedereinsetzungsantrag zunächst die Verwaltungsbehörde zu entscheiden

LVwG Oö 27.09.2016, [LVwG-350241](#)

Oö ChancengleichheitsG; Abweisung eines Antrags der Kepler Universitätsklinikum GmbH auf **Ersatz der Kosten für die stationäre Behandlung eines Patienten**; davon ausgehend, dass das LG Linz mit rechtskräftigem Beschluss festgestellt hat, dass eine Abhandlung des Nachlasses des Patienten gem § 153 AußerstreitG unterbleibt, war der angefochtene Bescheid aufzuheben und die Rechtssache der belangten Behörde gem § 28 Abs 3 VwGVG zwecks Durchführung von Ermittlungen dahingehend zurückzuverweisen, ob für die Bf noch andere Möglichkeiten bestehen, als nach **§ 9 Abs 3 Oö ChancengleichheitsG** Kostenersatz zu erlangen

LVwG Oö 29.09.2016, [LVwG-780055](#)

SicherheitspolizeiG; **StGB**; Verhängung eines **Betretungsverbots**; ein bloß verbal, insbesondere durch Gesten und Beschimpfungen ausgetragener Nachbarschaftskonflikt verkörpert noch keinen gefährlichen Angriff iSd § 38a SicherheitspolizeiG; ebenso erfüllen **bloße Selbstgespräche** nicht den Tatbestand der gefährlichen Drohung iSd § 107 StGB; und schließlich liegt in einem bloßen Selbstgespräch, von dem die Bf nicht wissen konnte, ob dieses auch von anderen Personen wahrgenommen werden konnte, auch kein aggressives Verhalten iSe bestimmten Tatsache gem § 38a SicherheitspolizeiG

LVwG Oö 04.10.2016, [LVwG-850592](#)

GewO; Entzug der **Berechtigung zur Ausübung eines Gastgewerbes**; der Umstand, dass gegen die Bf im Zeitraum von 2 ½ Jahren **insgesamt 16 Verwaltungsstrafen** verhängt wurden, ist geeignet, deren gewerberechtliche Zuverlässigkeit in Zweifel zu ziehen; dass gegen die Bf in einem wettbewerbsrechtlichen Verfahren auch ein **zivilgerichtliches Unterlassungsurteil** im Hinblick auf den Betrieb von Glücksspielgeräten ergangen ist, spielt hingegen in diesem Zusammenhang keine Rolle

LVwG Oö 05.10.2016, [LVwG-750369 und 750382](#)

PersonenstandsG; Abweisung von Anträgen auf Berichtigung der geschlechtsbezogenen Eintragung im **Zentralen Personenstandsregister** von bisher „männlich“ auf künftig „inter“ oÄ sowie auf Ausstellung eines **Reisepasses mit dem Geschlechtseintrag „x“**; kein Raum für eine **Eintragung als „inter“ oÄ** nach der österreichische Gesamtrechtsordnung; mangelnde Existenz von spezifischen Regelungen für geschlechtsneutrale Personen; keine Verpflichtung der Mitgliedsstaaten nach der EU-UrkundenvorlageVO, in ihren Rechtsordnungen eine dritte Geschlechtsbezeichnung vorzusehen

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Tirol 23.09.2016, [LVwG-2016/12/0680-1](#)

Tir VerkehrsaufschließungsabgabenG; unter „**unbebauten Grundstücken**“ iSd § 13 Tir VerkehrsaufschließungsabgabenG sind nur solche zu verstehen, die nicht mit einem Gebäude iSd § 2 Abs 3 leg cit bebaut sind; das Vorhandensein einer Einfriedung des Grundstücks durch eine Mauer, eine auf dem Grundstück befindliche Stützmauer oder eine sonstige bauliche Anlage, die kein Gebäude darstellt, nimmt dem Grundstück nicht die Qualifikation als „unbebaut“

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[11.10.2016, Rs C-601/14, Kommission / Italien](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 2004/80/EG – Art 12 Abs 2 – **Einzelstaatliche Entschädigungsregelungen**, die eine gerechte und **angemessene Entschädigung** der **Opfer** vorsätzlich begangener **Gewalttaten** gewährleisten – Einzelstaatliche Regelung, die nicht alle im Inland vorsätzlich begangenen Gewalttaten erfasst

[12.10.2016, Rs C-92/15, Mathys](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 96/75/EG – Einzelheiten der Befrachtung und der **Frachtratenbildung** im **Binnenschiffsgüterverkehr** – Bedeutung – Art 1 Buchst b – Begriff ‚Verkehrsunternehmen‘ – Art 2 – Freiheit des Vertragsschlusses und der **Aushandlung** von **Frachtraten**

[12.10.2016, Rs C-166/15, Ranks und Vasilevičs](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges Eigentum – **Urheberrecht** und verwandte Schutzrechte – Richtlinie 91/250/EWG – Art 4 Buchst a und c – Art 5 Abs 1 und 2 – Richtlinie 2009/24/EG – Art 4 Abs 1 und 2 – Art 5 Abs 1 und 2 – **Rechtsschutz von Computerprogrammen** – Weiterverkauf ‚benutzer‘ **lizenzierter Kopien** von Computerprogrammen auf körperlichen Datenträgern, die **keine Originale** sind – Erschöpfung des Verbreitungsrechts – Ausschließliches Vervielfältigungsrecht

[12.10.2016, Rs C-185/15, Kostanjevec](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle **Zusammenarbeit in Zivilsachen** – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Art 6 Nr 3 – Begriff der Widerklage – Auf eine **bereicherungsrechtliche Anspruchsgrundlage** gestützte Klage – Zahlung eines aufgrund einer aufgehobenen Entscheidung geschuldeten Betrags – Zeitliche Anwendung

[12.10.2016, Rs C-242/15 P, Land Hessen / Pollmeier Massivholz](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – **Staatliche Maßnahmen**, die ein **Sägewerk** im Land Hessen betreffen – Entscheidung, mit der festgestellt wird, dass keine staatliche Beihilfe vorliegt – **Nichteröffnung des förmlichen Prüfverfahrens** – Ernsthafte Schwierigkeiten – **Berechnung des Beihilfeelements** staatlicher Bürgschaften – Mitteilung der Kommission über staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften

[12.10.2016, Rs C-340/15, Nigl ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerrecht** – Mehrwertsteuer – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Art 4 Abs 1 und 4 – Richtlinie 2006/112/EG – Art 9 und 11 – Begriff ‚Steuerpflichtiger‘ – Gesellschaften bürgerlichen Rechts, die ihre Produkte unter einer **gemeinsamen Marke** und über **eine Kapitalgesellschaft** vertreiben – Begriff ‚**eigenständiger Unternehmer**‘ – Versagung der Eigenschaft als Steuerpflichtiger – Rückwirkung – Sechste Richtlinie 77/388 – Art 25 – Richtlinie 2006/112 – Art 272 und 296 – **Pauschalregelung** für **landwirtschaftliche Erzeuger** – Ausnahme von der Pauschalregelung – Rückwirkung

[13.10.2016, Rs C-231/15, Prezes Urzędu Komunikacji Elektronicznej und Petrotele](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste – Richtlinie 2002/21/EG – Art 4 Abs 1 – Rechtsbehelf gegen eine **Entscheidung einer nationalen Regulierungsbehörde** – Wirksames Rechtsbehelfsverfahren – Wirksamkeit der Entscheidung einer nationalen Regulierungsbehörde bis zum **Abschluss des Rechtsbehelfsverfahrens** – **Zeitliche Wirkungen** einer Entscheidung eines nationalen Gerichts, mit der eine Entscheidung einer nationalen Regulierungsbehörde aufgehoben wird – Möglichkeit, eine Entscheidung einer nationalen Regulierungsbehörde **rückwirkend aufzuheben** – Grundsätze der **Rechtssicherheit** und des Vertrauensschutzes

[13.10.2016, Rs C-277/15, Mikołajczyk](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **In-vitro-Diagnostika** – Richtlinie 98/79/EG – Parallelimport – **Übersetzung** der Angaben und der Gebrauchsanweisung des Herstellers **durch den Importeur** – Ergänzendes Konformitätsbewertungsverfahren

[13.10.2016, Rs C-294/15, Kostanjevec](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Zuständigkeit sowie Anerkennung und Vollstreckung von **Entscheidungen in Ehesachen** und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung – Verordnung (EG) Nr 2201/2003 – Art 1 Abs 1 Buchst a – Sachlicher Anwendungsbereich – **Von einem Dritten** nach dem Tod eines der Ehegatten **in Gang gesetztes Verfahren** zur **Ungültigerklärung einer Ehe** – Art 3 Abs 1 – **Zuständigkeit der Gerichte** des Aufenthaltsmitgliedstaats des ‚Antragstellers‘ – Reichweite

[13.10.2016, Rs C-303/15, M und S](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Technische Vorschriften im Glücksspielsektor** – Richtlinie 98/34/EG – Begriff ‚technische Vorschrift‘ – Verpflichtung der Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission jeden Entwurf einer technischen Vorschrift zu übermitteln – **Unanwendbarkeit** von Vorschriften, bei denen es sich um der Kommission **nicht notifizierte technische Vorschriften** handelt

B. SCHLUSSANTRÄGE

[11.10.2016, Rs C-439/16 PPU, Milev \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Eilvorabentscheidungsverfahren** – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Richtlinie (EU) 2016/343 – Stärkung bestimmter Aspekte der **Unschuldsvermutung** – Art 3 und 6 – Zeitliche Geltung – Nationale Regelung, die in der **gerichtlichen Phase** des Verfahrens eine Prüfung der Frage verbietet, ob der **hinreichende Verdacht** besteht, dass der Angeklagte eine **Straftat begangen** hat – ‚Hinweise‘ eines Obersten Gerichtshofs, mit denen ein **Widerspruch** zwischen der nationalen Regelung und Art 5 Abs 1 Buchst c und Abs 4 der **Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte** und Grundfreiheiten festgestellt wird – Beurteilungsspielraum, der den nationalen Gerichten bei der Entscheidung über die Frage gelassen wird, ob die Konvention angewandt wird oder nicht

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

13.10.2016, Beschwerde Nr. [11981/15](#), B.A.C. / Griechenland

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) sowie **Art 8** iVm **Art 13 EMRK** (Recht auf wirksame Beschwerde) und **Art 3 EMRK** (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) iVm **Art 13 EMRK**; Verletzung des Rechts auf Achtung der Privatsphäre des Bf, da hinsichtlich seines **Asylantrags über 14 Jahre** ohne entsprechende Begründung **keine Entscheidung** getroffen wurde; darüber hinaus Gefahr, im Fall der **Abschiebung** in die **Türkei** in Rechten gemäß **Art 3 EMRK verletzt** zu werden

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heimpl, Dr. Matthäus Schmied;

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.